

Nicht endlos tagen, aber einen Rat erteilen – ohne mich: In seinem Artikel „Damit der Rat nicht endlos tagt. Voraussichtlich zehn politische Gruppierungen werden bei der Kommunalwahl im Mai antreten“ vom 07.01.14 im TV macht sich Jörg Pistorius für die Umsetzung des politischen „Gleichheitsgrundsatzes“ im Stadtrat stark. Seine Befürchtung lautet, dass, wenn sich die zur Zeit im Stadtrat sitzenden sechs Parteien, von denen er die CDU, SPD, Grüne, FWG, FDP und die Linke zwar auflistet, die NPD aber unerwähnt lässt, die als Partei aber ebenso im Rat sitzt, (deren Sitz allerdings zur Zeit durch Ausschluss verweist ist), voraussichtlich durch Einzug neuer Gruppierungen wie der AfD, den Piraten, der Partei und der NPD (die hier von ihm explizit erwähnt wird) erhöht, die Handlungsfähigkeit des Rates eingeschränkt wird, weil sich dann insgesamt die Summe der Redezeit der einzelnen Mandatsträger/innen auf ein unerträgliches Maß erhöhen wird. Damit hat er nicht Unrecht.

Ein Grund für diesen erwarteten Anstieg ist die Regel, dass schon 1,76 Prozent der abgegebenen Stimmen für eine Gruppierung oder für einen Einzelbewerber ausreichen, um einen Platz im Rat zu besetzen. Das ist auch gut so, wie auch Herr Pistorius meint, weil ansonsten - z.B. mit einer vorgegebenen 3 % Hürde – „zu viele Stimmen im Nirvana verschwinden und bei der Zusammensetzung des Rats keine Rolle spielen“ (TV, ebd.).

Allerdings muss der neue Stadtrat lernen, was der alte bisher nicht gelernt hat. Mit den Worten von Herrn Pistorius: „Wenn die Wähler in der Stadt Trier eine Rand- oder Splittergruppe in ihren Stadtrat wählen, dann müssen sowohl der Rat als auch die Stadt sich damit abfinden und lernen, mit der Lage umzugehen“ (TV, ebd.). Auch das ist der richtige Schluss. Denn, so meint Herr Pistorius: „Wichtig für Trier: Eine Beschränkung der Redezeit darf nicht darauf hinauslaufen, dass eine Debatte für fraktionslose Einzelkämpfer nicht mehr möglich ist. Der Gleichheitssatz muss immer beachtet werden“ (TV, ebd.). - Sehr wohl!

Abhilfe kann daher nur vom neu zusammen gesetzten Rat selber kommen! Das politische Instrument dafür ist die sog. „Geschäftsordnung“, die vom Rat gestaltet und höchst selbst verabschiedet wird. – Das war auch schon beim alten (derzeit noch amtierenden Rat) so der Fall.

Alleine aber dadurch, dass die Fraktionen privilegierte Rechte gegenüber Einzelmandatsträgern besitzen, ist die ganze Überlegung des Herrn Pistorius de facto belanglos! Diese Erfahrung habe ich / musste ich selber machen. Darüber habe ich auf meiner Homepage ausführlich und zu verschiedenen Anlässen berichtet (vgl. in den verschiedenen Jahrgängen 2010 bis 2013).

Das Übel fängt nämlich nicht alleine mit der gültigen „Geschäftsordnung“ an. Vielmehr wurde ich aus verschiedenen Ausschüssen mit dem scheindemokratischen (sic!) Argument hinauskomplementiert, dass, wenn man mich hier aufnehme, wogegen nichts persönliches stünde, man auch den NPD-Kandidaten aufnehmen müsse – eben: aus dem besagten „Gleichheitsgrundsatz“ – was „man“ aber nicht wolle und aus demokratischem Anstand verhindern müsse! Geäußert wurde dieses Scheinargument von diversen Fraktionsvorsitzenden, Dezernentinnen, dem Oberbürgermeister und dem Oberjustiziar der Stadt Trier. Von der Presse - insbesondere vom TV und von 16.vor - habe ich mit meinen Bemühungen keinerlei Unterstützung erfahren, mich angemessen im Rat engagieren zu können. Weder zur Zeit der „politischen Gruppierung DIE LINKE“, als meine Genossin Frau Werner (MdB) durch zahlreiche Abwesenheiten von der tagtäglichen Stadtratsarbeit glänzte, noch als „parteiloser“ Einzelkämpfer ohne „Fraktion“ und ohne „politische Gruppierung“ nach meinem von ihr initiierten Parteiausschluss.

Selbst meine öffentliche Protestaktion im Rat der Stadt Trier, als in der „Geschäftsordnung“

zwischenzeitlich von der Mehrheit festgeschrieben wurde, dass in den „Dezernatsausschüssen“ einige Entscheidungen verbindlich getroffen werden durften, die anschließend im Stadtrat nicht mehr debattiert werden, um Zeit einzusparen - was aber den undemokratischen Aspekt impliziert, dass ich mich als demokratisch gewählter Mandatsträger (sic!) weder zu den Punkten äußern noch selbst mit abstimmen konnte (sic!) und nicht einmal durch eine zeitnahe Einsicht in die Sitzungsprotokolle mich darüber informieren durfte, was überhaupt WER, warum in den Dezernatsausschüssen abgestimmt hatte, wurde von dem TV-Redakteur Herr Michael Schmitz lächerlich gemacht, obwohl ich ihn noch zu Beginn der Ratssitzung über die Motive meiner Protestaktion informiert hatte, mich in der Ratssitzung nicht mehr fotografieren zu lassen. Für alle Stutzigen und langsam Denkenden in aller Kürze: Weil mich der Rat in meinen politischen Aktivitäten beschränkt hatte, wollte ich für eine Sitzung die Tätigkeit der Presse beschränken, damit für alle sichtbar wird, dass weder politische Informationen noch persönliches Engagement auf diese (undemokratische, weil einschränkende) Art und Weise transportiert werden können.

Stattdessen wurde meine Person im TV öffentlich diffamiert und meine Protestaktion als „Clownerei“ der Lächerlichkeit preisgegeben.

So etwas passiert, weil kein einziger Kollege und keine Kollegin im Stadtrat sich in der Öffentlichkeit für mich als „Kollege im Stadtrat“ eingesetzt hat. Mit einer (großen) Fraktion im Rücken, wäre das sicherlich nicht passiert, weil es dann von den Fraktionskollegen/innen einen zahlreichen Protest gegeben hätte. – Ingeheim war man wahrscheinlich froh, einen (vielleicht auch unbequemen) „politischen Gegner“ von der Bildfläche verschwinden zu sehen.

Mit anderen Worten: Ich glaube nicht, dass die traditionellen Parteien und derzeitigen Fraktionen im Trier Stadtrat so integer sind, dass sie im künftigen Stadtrat demokratisch gewählten „Einzelmandatsträger/innen“ durch die Änderung der „Geschäftsordnung“ das Recht einräumen, in einem von dem jeweiligen „Einzelmandatsträger“ gewählten Dezernatsausschuss mitzuarbeiten. Denn das wäre das Mindeste, was not tut: Als Einzelmandatsträger muss man notgedrungen Prioritäten setzen. Von daher muss einem aber auch zugestanden werden, dass man in wenigstens einem Dezernatsausschuss (nämlich den seiner Wahl!) willkommen ist, um sich politisch – und das heißt an Entscheidungen als aktives Ratsmitglied teilhabend – engagieren zu können.

Leider wurde mir während meiner Zeit im Stadtrat dieses demokratisch gebotene, politische Engagement zunehmend verwehrt. – Die Einsicht aus diesem (für mich persönlich äußerst tragischen Umstand einer verordneten politischen Untätigkeit) lautet daher immer noch:

Ohne dieses (weiter oben angemahnte) Mindestmaß an politischer Toleranz in Bezug auf die Mitarbeit und Zusammenarbeit von „Einzelmandatsträger/innen“ mit anderen Parteien, Fraktionen und politischen Gruppierungen macht es keinen Sinn im Stadtrat zu sein!

Leider wurde bisher in der Stadt Trier die Anwesenheit der NPD im Rat der Stadt dazu instrumentalisiert, alle Möglichkeiten, die eine „Geschäftsordnung“ auch hätte bieten können, zu Nutzen, um ein angemessenes politisches Engagement von „Einzelmandatsträger/innen“ zu verhindern, weil „man“ demokratisch korrekt sein wollte – ohne zu Blicken, dass „man“ genau dadurch den jetzt vom TV eingeforderten „Gleichheitsgrundsatz“ missachtet hatte. (Zu hoffen bleibt diesbezüglich, dass das Bundesverfassungsgericht ein NPD-Verbot aussprechen wird, damit die Trierer Seelen in Ruhe ihre Demokratie feiern können!) - Wohlgemerkt: Ohne mich und ohne Verbitterung – aber schwer enttäuscht!